

# Sozialismus.de

Heft 1-2025 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Die Linke



Redaktion Sozialismus.de:  
VW: Schwieriger Kompromiss  
Hans-Jürgen Urban: Betriebe  
als Kampffeld gegen Rechts

Beiträge u.a. von  
Maren Diebel-Ebers, Kai  
Burmeister, Norbert Reuter,  
Klaus Lang, Horst Kahrs,  
Hanno Plass, Hinrich Kuhls,  
Bernhard Sander, Fritz Fiehler



Forum  
Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

KS  
24

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Russlands Kriegswirtschaft floriert

Auf seiner jährlichen Pressekonferenz in Moskau zeigte sich der russische Präsident Wladimir Putin über die Situation seines Landes zufrieden – sowohl wirtschaftlich als auch mit Blick auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine. [...]

## Das AfD-Paradox

Der Anspruch Alice Weidels als »Kanzlerkandidatin« signalisiert keine Hoffnung auf ein überragendes Ergebnis bei den vorgezogenen Bundestagswahlen, sondern soll den gestiegenen Machtanspruch der »Alternative für Deutschland« (AfD) verdeutlichen. [...]

## »Es ist die Brombeerzeit, die dunkle«

Was war das für ein Anfang. Zuerst wurde eine Partei gespalten, dann eine neue gegründet und die trug fortan den Namen ihrer Vorsitzenden. Ihr Bildnis strahlte den Wählenden in Thüringen ebenso in Brandenburg und Sachsen auf tausenden Plakaten entgegen; andere Köpfe dieser Partei blieben unsichtbar. Dafür gibt es nun zwei Koalitionsverträge mit dem BSW. [...]

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und  
Leser:innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## In der Berliner Republik wird neu gewählt

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Neuwahlen –  
Vorschläge zum Ausbruch aus Krise und Armut ..... 2

Klaus Lang:  
Stehen wir vor einer Ära Merz? ..... 8

Horst Kahrs: Einige Anregungen für die Erneuerung  
linker, fortschrittlicher Politik ..... 13

Hanno Plass: Wohin in der Postdemokratie?  
Zur den programmatischen Aufgaben der Partei Die Linke ..... 18

## Woanders wurde gewählt: Unverbindlichkeiten und Regimekrisen

Hinrich Kuhls: Die Unverbindlichkeit eines angekündigten Wandels  
Ehrgeizige Meilensteine der britischen Labour-Regierung ..... 22

Bernhard Sander:  
Frankreich steckt in einer Regimekrise ..... 27

## Forum Gewerkschaften

Redaktion Sozialismus.de: Schmerzhaftes Zugeständnisse  
Der schwierige Tarifabschluss bei Volkswagen ..... 32

Norbert Reuter: Eine Erfolgsgeschichte mit Schattenseiten  
Zehn Jahre gesetzlicher Mindestlohn ..... 35

Hans-Jürgen Urban: Der Betrieb als Kampffeld gegen rechts  
Analysen und Strategien ..... 38

Kai Burmeister/Maren Diebel-Ebers/Gerri Kannenberg:  
Öffentliche Investitionen gegen Arbeitsplatzabbau und Deindustrialisierung  
Für ein Investitionsprogramm in Baden-Württemberg ..... 46

## Krisen-Kapitalismus mit Zukunft?

Friedrich Steinfeld:  
Sozial-ökologische und digitale Transformation im 21. Jahrhundert  
Herausforderungen unter den Bedingungen säkularer Stagnation ..... 50

Fritz Fiehler: Eine Krise? Wenn ja, wieviele?  
Marx' Theorie und Studien wiederkehrender Krisen ..... 56

## Arbeit und Emanzipation

Hasko Hüning: Modern Times?  
Altes und Neues im betrieblichen Geschlechterverhältnis ..... 63

## Veranstaltungen | Impressum | Film

Impressum ..... 67

Veranstaltungen ..... 68

Klaus Schneider: »Black Dog« (Filmkritik) ..... 69

# Einige Anregungen für die Erneuerung linker, fortschrittlicher Politik

von ■ Horst Kahrs



Foto: Flickr/Die Linke

Die Aussichten auf parlamentarische Mehrheiten für fortschrittliche Politik im neu zu wählenden Bundestag haben sich nach drei Jahren »Ampel«-Koalition deutlich verschlechtert. SPD und Grüne sind in den Umfragen geschrumpft, eine Linke steht für Mehrheiten erneut nicht zur Verfügung. Klar, die selbsternannte »Fortschrittskoalition« aus SPD, Grünen und FDP litt auch, aber nicht entscheidend unter unvorhergesehenen Ereignissen wie dem russischen Überfall auf die Ukraine oder dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeshaushalt, wodurch jeweils erhoffte finanzielle Spielräume verloren gingen. Auch die ideologischen Unterschiede zwischen den drei Regierungsparteien und ihre handwerklichen Fehler liefern keine hinreichende Erklärung, denn davor lagen zwei Dekaden

sich aufbauender und verflechtender geopolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen und die Versäumnisse in ihrer politischen Bearbeitung.

Meine erste Anregung ist, diese gesellschaftliche Wirklichkeit mit dem Begriff »blockierte Transformationskonflikte«, die im gesellschaftlichen Kapitalverhältnis und unter Bedingungen sozialer und politischer Ungleichheit stattfinden, zu begreifen. Darum geht es im ersten Teil. Progressive und linke Kräfte haben in diesen Transformationskonflikten mehr und mehr keine anziehenden, mehrheitlich getragenen Antworten formulieren und die differierenden »So-Nicht«-Haltungen überzeugen können, die sich nun auf die Kräfte einer gesellschaftspolitischen Regression orientieren. Das Selbstverständnis fortschrittlicher und vor allem linker

Politik, dahin gehen die Anregungen im zweiten Teil, kann eine Runderneuerung gebrauchen.

## Blockierte Transformationskonflikte

Blockierte Transformationskonflikte sind keine deutsche Besonderheit. In je spezifischer Gestalt prägen sie die politische Systeme in anderen europäischen Staaten bzw. der »westlichen Staatengemeinschaft«. »Transformation« steht hier nicht für den unablässigen sozialen Wandel auf ausgelegten Pfaden. Transformativer Wandel umfasst Veränderun-

Horst Kahrs, Jahrgang 1956, Sozialwissenschaftler und Rentner, war von 1995 bis 2021 in verschiedenen Funktionen für die PDS, Die Linke und die Rosa-Luxemburg-Stiftung berufstätig.



gen von Einstellungen, Strukturen und Handlungsweisen. Konflikte zwischen den sozialen Akteuren, seien es Institutionen, Organisationen oder Individuen, sind unvermeidlich. Sie besitzen immer eine emotionale und psychologische Dimension. Der Begriff »blockierte Transformationskonflikte« rückt die Akteurskonstellation ins Zentrum. Akteure wollen an den alten Strukturen, Gewohnheiten, Ritualen, Gewissheiten unbedingt festhalten. Andere Akteure treiben die Transformation und verbinden ihre Erwartungen, Pläne, Zukünfte mit dem Gelingen. Dazwischen befindet sich die Mehrheit derjenigen, die zögerlich sind, die erstmal abwarten wollen, denen es zu schnell geht. Transformationsblockaden entstehen, wenn sich die Akteure wechselseitig blockieren, wenn keine eindeutigen Mehrheiten formiert werden können oder wenn die Gesellschaft insgesamt sich weigert, diese Konflikte auszutragen, d.h. sie vom ökonomischen, sozialen und kulturellen Feld ins politische Feld zu übertragen. Eine Form dieser Weigerung ist das Ausweichen auf affektiv aufgeladene Nebenschauplätze.

In westlichen Gesellschaften, die sich der Aufklärung verpflichtet haben, stehen hinter den Blockaden auch kollektive Verdrängungsleistungen. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung sollen ihr als Mittel der argumentativen Verständigung, der Wahrheitsfindung und der Interessenaushandlung dienen. Wenn das politische System wissenschaftliche Erkenntnis, z.B. der Biologie und Physik, nun wissentlich ignoriert, erodiert eine demokratische Basis-Institution der Gesellschaft. Gleiches gilt für das Oberste Gericht als schiedsrichterliche Instanz, wenn Urteile wie das zum Klimaschutz im Interesse der Freiheitsgrade zukünftiger Generationen nicht nur folgenlos bleiben, sondern auch noch gegenteilig gehandelt wird. Mit anderen Worten: Es entsteht eine sich selbst verstärkende Dynamik, in der die Fähigkeit zur demokratischen Lösung der Blockaden mit den vorhandenen Institutionen der Konfliktbewältigung abzunehmen scheint.

## Transformationskonflikte und »Polykrise«

In den alt-industriellen Gesellschaften und liberalen Demokratien des »Westens« lassen sich fünf Transformationskonflikte identifizieren, die jeweils auf einer eigenen gesellschaftlichen und politischen Ebene angesiedelt sind und sich in den einzelnen Gesellschaften in unterschiedlicher Gewichtung und Zusammensetzung verflechten.

- **Konfliktfeld geopolitische Neuordnung:** Beginnend mit dem Angriff auf die Twin Towers 2001 über die Auslöschung internationaler Institutionen in und nach der Finanzkrise 2008 bis hin zu neoimperialen und hybriden Kriegen, neuer Sicherheitspolitik, der Restrukturierung globaler Lieferketten geht es um die globale Hierarchie der Staaten und, innenpolitisch, um die Rolle, die sie in der Welt spielen.
- **Konfliktfeld Gleichheit und Gleichstellung, Einlösung der Emanzipationsversprechen:** Transformation hetero-patriarchaler »Rollenbilder«, sexuelle und familiäre Diversität, Vereinbarkeit von Sorgearbeit und Beruf, Verteilung der unbezahlten Reproduktionsarbeit zwischen Männern und Frauen;
- **Konfliktfeld Demografie:** einerseits die »alternden (europäischen) Gesellschaften« mit Wirkungen auf Binnen- und Konsumnachfrage, Ausweitung der Nachfrage nach wohlfahrtsstaatlichen Leistungen (Rente, Gesundheit, Pflege) bis hin zum strukturellen Alltagskonservatismus einer Gesellschaft, in der über 55-Jährige mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten stellen; andererseits Zuwanderung mit ihren sozialen, kulturellen und politische Integrationskonflikten, zugespitzt in den USA mit den politisch mobilisierten Ängsten der »weißen Mehrheit« zur Minderheit unter einer strukturellen »Farbigen«-Mehrheit zu werden.
- **Konfliktfeld neue Ökologie von Natur und Gesellschaft:** Erdaufheizung, Klima(katastrophen)schutz, Artenvielfalt und (Plastik-)Vermüllung, übergehend in Fragen von Bewohnbarkeit, Gesundheit und Lebenserwartung und globaler Verantwortlichkeit.

- **Konfliktfeld Digitalisierung, Stufe »Künstliche Intelligenz«:** Bruch mit Alltagsroutinen in Wirtschaft, Gesellschaft, Öffentlichkeit, Politik und Arbeitswelt, fragiler sozialer (Berufs)-Status.

Diese Konfliktkategorien wechselten im Zeitverlauf mehrfach ihre Bedeutung, gerade steht die Demografie weit oben: die »geburtstarken Jahrgänge«, die Renten-Beiträge, die Arbeitskraftlücke, die »irreguläre Migration«. Gleichzeitig sind vielfältige Wechselwirkungen zwischen den Transformationsfeldern offensichtlich. Die geopolitischen Konflikte und Kriege behindern die notwendige internationale Kooperation etwa beim Klimaschutz. Der Ausbau von Systemen künstlicher Intelligenz erhöht den Energiebedarf deutlich. Folgen des Klimawandels werden zum Treiber für Migration. Der politische Strukturkonservatismus in alternden Gesellschaften behindert Pfadwechsel und fordert sie zugleich, wenn die veränderte Nachfrage nach öffentlicher und privater Sorgearbeit gedeckt und gesellschaftliche Rollenbilder verändert werden sollen.

Die Komplexität der Wirkungsflechte schürt die Zweifel an den Fähigkeiten der tradierten und teilweise in Routinen erstarrten demokratischen Institutionen, die Konflikte, Interessengegensätze, Wahrnehmungen und Sichtweisen noch angemessen bearbeiten und durchsetzungsfähige Mehrheiten bündeln zu können. Das Parteiensystem schafft es nicht einmal mehr, die Transformationskonflikte ins parlamentarische System zu transportieren und dort gemeinsam als rationale Interessenkonflikte zu verhandeln. Hier liegt der Kern einer Repräsentationslücke im parlamentarischen System. Die überlieferten Achsen des politischen Systems (Markt – Staat; liberal – autoritär) werden durch neue Achsen wie solar – fossil, libertär – kooperativ, heute – morgen überlagert, das Parteiensystem gerät in einen Strudel der Neuordnung.

Mit Adam Tooze kann von einem »Transformationsknoten« im Sinne seiner »Polykrise« gesprochen werden. Ein Kipppunkt mit dem Potenzial einer »Systemkrise« droht – nicht der Zusammenbruch »des Kapitalismus« als gesellschaftliches Verhältnis, aber

eine systemische, anhaltende Dysfunktionalität im Zusammenspiel der gesellschaftlichen Teilsysteme (zentrale Wirtschaftssektoren, Infrastruktur, politische Institutionen usw.) mit alltagsrelevanten institutionellen Arrangements.

## Parteiensystem und politische Schwarzmarkphantasien

In Transformationskonflikten stehen bisherige Zukunftserwartungen grundsätzlich zur Disposition. Die eigenen Gestaltungs- und Anpassungsmöglichkeiten erscheinen begrenzt durch

- habitualisierte Konsum- und Lebensstil-Muster, die mit Status und Persönlichkeit verwachsen sind;
- gesellschaftliche, systemische Strukturen, aus denen auszubrechen individuell zu hohe Kosten verursacht, etwa weil es an Infrastruktur und allgemeingültigen Regelungen fehlt;
- teilweise gegensätzliche Transformationsanforderungen, die überfordern die Alltags- und Selbstvergewisserungsprobleme schaffen;
- über Jahrzehnte als verfestigt und immer gültig wahrgenommene Verteilungsverhältnisse und Ungleichheiten von wirtschaftlichen Ressourcen, sozialem Status und Macht.

Was die Zukunft angesichts der vielen Veränderungen von einem verlangen wird, weiß der Alltagsverstand, ist in hohem Maße ungewiss – und damit auch, dass es besser werden wird. Eher werden Verluste vielfacher Art erwartet, zumal wenn man der Wissenschaft folgt: neue Pandemien, weitere Klimakatastrophen, planetare Grenzen der Verallgemeinerbarkeit »unseres Wohlstandes«. Eine Polykrise ohne den Horizont eines erstrebenswerten positiven Ausgangs stärkt nicht nur die reaktionären Interessen und regressiven Kräfte in den verschiedenen Transformationsfeldern.

Mit zunehmenden Verdrängungsleistungen nehmen die Spielräume für den Politikmodus der rationalen Interessenaushandlung ab, »politische Schwarzmarkphantasien« (Negt) und magisches Denken florieren, in Gestalt der Empörungsbewirtschaftung, des Rückzugs in Verschwörungsmäthen, der Suche nach dem großen »Neustart«, mit

dem der Transformationsknoten zu durchschlagen sei.

Blockierte Transformationskonflikte versetzen die Gesellschaft und Politik insgesamt in einen Zustand, in dem die klassischen, auf sozial-ökonomische Interessenwahrnehmung orientierten Erklärungen und Anreize für soziale und politische Handlungen, etwa Wahlentscheidungen, immer weniger Erklärungskraft besitzen. Es geht eben nicht nur darum, was am Ende im Portemonnaie oder auf dem Konto ist. Es geht um den Status von Männlichkeit und weißer Dominanz, um affektiv-aggressive Verteidigung des unhaltbar gewordenen Bestehenden, um Frauenfeindlichkeit, um Zuspruch und Bestätigung für Verdrängung und Realitätsverleugnung, um »Freiheit« von den zivilisatorischen Anforderungen des demokratischen Zusammenlebens und Zugehörigkeiten.

Große Schritte scheinen zeitnah notwendig, sind jedoch weder greifbar und gewünscht noch opportun. Denn die Gefahr von unvorhersehbaren und kontraproduktiven (Wechsel-)Wirkungen mit anderen Konfliktfeldern legt nahe, lieber an den kleinen Stellschrauben als am großen Rad zu drehen – ein Politikmodus, der wiederum dem zeitlichen Handlungsdruck bei Dekarbonisierung und Klima, Demografie, Geopolitik und Sicherheit nicht gerecht wird. Auch fortschrittliche Politik steht ziemlich ratlos vor dieser Gemengelage einer Polykrise. Die »Dagegen«-Stimmungen sind entschieden leichter zu mobilisieren als »Dafür«-Stimmen.

Das spiegelt sich im aktuellen Winter-Wahlkampf, in dem sich die alten »Lager« wiederfinden, obwohl sie, so der aktuelle Stand der Umfrage-Industrie, keine eigenen Mehrheiten in Aussicht haben. Das alte »bürgerliche Lager« aus Union und FDP setzt auf Angebotspolitik, Wettbewerbsfähigkeit, haushaltspolitische Austerität, »Marktkräfte« und verspricht, unter dem Label »Technologieoffenheit« die fossilistischen Produktions- und Konsumstrukturen zu schützen, gerne mit dem emotional geladenen Label »Weg mit dem Verbrenner-Aus«. Das alte »sozial-ökologische Lager« aus SPD und Grünen setzt mit Nachfragepolitik, sozialstaatlicher Umverteilung, staatlichen

Investitionen in die Infrastruktur und einer »intelligenten« Reform der Schuldenbremse auf eine Wiederbelebung des Bündnisses mit den Beschäftigten in den fossilistischen Industriesektoren.

Da im zurückliegenden Jahrzehnt keine Richtung eine stabile parlamentarische Mehrheit nutzen konnte, gleichzeitig aber der Transformationsdruck wächst, konnte sich ein drittes, im wesentlichen politikunwilliges »Lager der Empörungsbewirtschaftung« aus AfD und neuerdings BSW etablieren. Die alten Säulen »unserer Wirtschaft« und »unseres Wohlstandes«, billige fossile Energie und die alte internationale Arbeitsteilung, werden populistisch verteidigt und die Haltung eines national-egoistischen »Wir zuerst« gestärkt. Ein verbreitetes Gefühl des allgemeinen Niedergangs wird mit »Make great again« aufgegriffen.

Die Linke sucht im Kampf um ihr parlamentarisches Überleben Eigenständigkeit und Unterscheidbarkeit in der Rückbesinnung auf den vermeintlichen »sozialen Markenkern« und fokussiert auf die Themen Mieten und Preise. Dabei schmiegt sie sich den populistischen Weltdeutungen von »gutes Volk – böse Elite« mit »Wir hier unten gegen die da oben«, namentlich die »Superreichen« bzw. »Milliardäre« an, um zugleich auf jede Durchsetzungsperspektive zu verzichten, wenn es heißt: »Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.«

## Progressive Politik im Planetaren Paradigma – ein Vorschlag

Die Rekonstruktion progressiver Politik bleibt als Aufgabe für die Zeit nach der Bundestagswahl. Veränderung beginnt mit einer Interpretation, Deutung von Welt und Gesellschaft, die Möglichkeiten und Handlungsperspektiven eröffnet. Progressive Politik war immer dem Ideal verpflichtet, die menschlichen, gesellschaftlichen Produktivkräfte soweit zu entwickeln, dass die materiellen menschlichen Grundbedürfnisse gedeckt sind und die Menschen in freier und gleicher Selbstbestimmung ihre gesellschaftlichen Verhältnisse gestalten und ihre menschlichen Fähigkeiten entfalten können. »Fortschritt« war und ist immer auf die ganze Menschheit bezo-

gen, nie auf ein Volk, eine Nation oder Klasse. Die historische Vorstellung von »Fortschritt«, wie sie sich in der kapitalistisch geprägten Moderne als Entfaltung der industriellen Technologie und des unendlichen Wachstums entwickelte, hat sich in den altindustriellen Gesellschaften als Sackgasse blamiert und die Menschheit in eine biophysikalische Existenzkrise geführt. Fortschrittliche Politik benötigt ein »planetares Paradigma« als Rahmen: die natürlichen Grenzen des Planeten, die Ökologie von Natur und gesellschaftlicher Re-Produktion, die planetaren Wirkungsketten und Verantwortlichkeiten.

Die rasante fossilistische industrielle Entwicklung der letzten 80 Jahre konfrontiert nicht nur die verursachenden Gesellschaften mit einer Kaskade von Konsequenzen: vielfältige Wetterkatastrophen, Dürre und Sintfluten in allen Regionen der Welt, einzelne Regionen drohen bereits in die Unbewohnbarkeit für Menschen zu kippen, die ökonomischen Kosten steigen. Der dramatische Verlust an Artenvielfalt mindert die Produktivkraft der Natur, der Rückgang zugänglicher lebensnotwendiger Wasserreserven, die Vermüllung der Meere – all dies sind in ihren Wirkungsketten planetare Probleme, auch wenn sie regional auftreten und verursacht scheinen. Der jüngste »Nexus-Bericht« des Weltbiodiversitätsrates IPBES verweist auf jährlich etwa 25 Billionen Euro Wertschöpfung, die in Bereichen entste-

hen, die stark von der Natur abhängig sind, und betont die enge Verflechtung zwischen Artenvielfalt, Klimawandel, Wasserressourcen, Ernährung und menschlicher Gesundheit. Das Planetare Paradigma verlangt zweierlei: das »Denken in Grenzen« der natürlichen Ressourcen wie Boden, Atmosphäre, Rohstoffe, Wasser, Lebewesen und das »Denken ohne Grenzen« angesichts der grenzenlosen Wirkungsketten.

Was Fortschritt ausmacht, wäre neu zu bestimmen. In Anlehnung an Rachel Jaeggi wäre eine erste Dimension, ob die gesellschaftlichen und demokratischen Fähigkeiten wachsen oder schrumpfen, Probleme, Sackgassen, Fehler zu identifizieren, Lösungen zu entwickeln und zielgerichtet zu handeln. Im Kern geht es dabei um die Qualität demokratischer Beteiligung und die Überwindung von Verdrängungsleistungen. Mehr und mehr Klimaforscher\*innen stellen desillusioniert fest, dass die international vereinbarten Pariser Klimaziele nicht mehr einzuhalten sein werden. Gleichzeitig kann kein Klimamodell bisher den globalen Temperatursprung in den beiden letzten Jahren erklären – auch wenn man Klimaphänomene wie El Niño, einen großen Vulkanausbruch, die zunehmende Sonnenaktivität oder den paradoxen Effekt berücksichtigt, dass abnehmende schwefelhaltige Schadstoffe in der Luft zu mehr Sonneneinstrahlung führen. Wurde in den

Klimamodellen, die bis 2022 gut funktionierten, doch etwas vergessen? Oder handelt es sich um Phänomene einer kaum berechenbaren Selbstverstärkung der Krise, weil die Erderwärmung zu weniger niedrigen, hellen Wolken führt, die die Sonnenstrahlung reflektieren? Ist die Lage also bereits ausweglos, weil Kipppunkte überschritten wurden? Geht es nur noch darum, sich auf die kommenden Katastrophen vorzubereiten?

Fortschrittliche Politik darf die Transformation von fossilen Produktions- und Konsumweisen zu solaren nicht für gescheitert erklären. Gleichzeitig sind die Folgen des Wirtschaftens der Vergangenheit und Gegenwart nicht mehr rückgängig zu machen. Es geht nicht darum, dass klimawissenschaftlich Gebotene strikt umzusetzen, sondern die Gesellschaft an den Abwägungsprozessen zu beteiligen, also die Interessen und Verflechtungen deutlich zu machen, warum Entscheidungen anders ausfallen und wie mit den Folgen verfahren werden soll. Es kommt weiter darauf an, die Anpassung der gesellschaftlichen Kapazitäten und Strukturen an die bereits stattfindenden und die erwartbaren Auswirkungen von Dauerhitze in den Städten, Überschwemmungen, Zerstörungen, kurz an den Zusammenbruch von gewohnten Alltagsroutinen in einzelnen Gemeinden, ganzen Regionen und Landstrichen voranzutreiben. Dabei geht es nicht nur um mehr Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, son-



## Klaus Stuttmann Politische Karikaturen 2024

Der Karikaturist, dessen Zeichnungen diverse Titelblätter von Sozialismus.de

schmücken – so auch das Cover dieser Ausgabe – veröffentlicht eine Auswahl seiner täglich unter [www.stuttmann-karikaturen.de](http://www.stuttmann-karikaturen.de) erscheinenden Zeichnungen, die jeweils aktuelle politische Ereignisse und Akteure aufspießen, in einem Jahresband, 2024 mit dem Titel **»Schnauze voll!«** Wir empfehlen den Erwerb der 200 farbigen Karikaturen auf 228 Seiten zum Preis von 25 € (ISBN 978-3-946972-88-4) – entweder in der Lieblingsbuchhandlung oder unter [www.schaltzeitverlag.de](http://www.schaltzeitverlag.de). Wer schnell ist, ergattert zum gleichen Preis noch ein signiertes Exemplar.





dern um die Resilienz der gesamten öffentlichen Infrastruktur und den Schutz von Leben und Gesundheit. Transformationspolitik und Anpassungspolitik – beide zusammen sind eine Antwort auf die aufkommende soziale Frage, nämlich wie die Kosten und Folgen der fossilistischen Lebensweise sozial verteilt werden, nach Einkommen, Wohnlage, Gesundheit, Lebenserwartung. Wer wohnt dort, wo die Hitze und Umweltbelastung am größten ist, wer arbeitet dort, wie gut sind Einrichtungen der sozialen der Vor- und Fürsorge zugänglich?

Fortschrittliche Politik wird nicht umhin kommen, die alte Debatte um die für die gesellschaftliche Reproduktion notwendige Arbeitszeit und die freie Zeit für die Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten als Debatte um »guten Wohlstand«, nachhaltige und verantwortliche Lebensweise wieder aufzunehmen und den um sich greifenden libertären Egoismus mit seinen verkürzten Freiheitsbegriff scharf zurückzuweisen. Zum ideologischen Kampf würde auch zählen, über legitime Ungleichheit zu sprechen, um gegen illegitime Ungleichheit Mehrheiten bilden zu können. Eine Gesellschaft, die sich als Leistungsgesellschaft versteht, muss sich erklären, bis wohin Erbschaften legitim sind und wie viel Einkommensunterschiede durch unterschiedliche »Leistung« gedeckt sein sollen und ob Geldvermögen auch »leistet«.

### Eine gesellschaftliche Basis für fortschrittliche Politik formieren

Das Potenzial für Transformationspolitik auch im Naturverhältnis scheint durchaus vorhanden. Jüngst ermittelte eine Umfrage, dass die Anhänger\*innen von Union bis Linkspartei grundsätzlich mehr »Klimaschutzpolitik« von ihrer Partei erwarten. Zumindest im gefühlten Wissen ist gegenwärtig, dass von einem »Weiter so« auf mittlere Sicht die größte Gefahr für das ausgeht, was allen wichtig: Sicherheit und Wohlstand – was nichts daran ändert, dass je nach sozialer Lage Unterschiedliches darunter verstanden wird. Im üblichen Parteienwettbewerb wird dieses Potenzial für Veränderung sich nicht formieren können.

Progressive Kräfte können ihre Selbstwahrnehmung im politischen Raum verändern und sich nicht als Anbieter auf einem Wählermarkt verstehen. Sie legen keine Angebote vor, die von der Wähler\*innen je nach Interessenlage »gewählt« werden, damit sie dann »geliefert« werden. Emanzipatorische Politik ist kein Lieferservice und Bürger\*innen sind keine Kund\*innen. Die Frage »Für wen?« muss der Frage »Mit wem?« weichen: Mit welchen gesellschaftlichen Kräften, sozialen Schichten, Organisationen, Institutionen wollen Linke und Progressive etwas verändern? Wen kann und soll man politisch, mit Gesetzen, Geboten und Verboten unterstützen, damit er eine aktive Rolle in der Transformation besser ausüben kann? Vier Anregungen:

- Nahezu ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland übt bereits Tätigkeiten aus, die »Green Skills« voraussetzen, Qualifikationen, die mit Umweltschutz, Nachhaltigkeit, stofflichen Kreisläufen zu tun haben. Die Betriebe wie die Beschäftigten haben Zukunftsplanungen auf den Erfolg der Dekarbonisierung ausgerichtet und erwarten, dass sich ihre Rahmen- und Entwicklungsbedingungen verbessern.
- Die »Energiewende« trifft auf Widerstände nicht nur der großen (Strom-) Konzerne und Netzbetreiber, aber sie funktioniert überall dort, wo sie lokal, kommunal oder genossenschaftlich organisiert und die Bürgerschaft an den Entscheidungen und Gewinnen beteiligt wird. Sie werden zu »Aktivisten« der Energiewende. Rechtliche Hindernisse, wenig »intelligente« Stromnetze und noch nicht gebaute Großspeicher verhindern, dass sie mehr werden.

Klassenpolitisch gesprochen bedeutete dies, erstens an den Interessen derjenigen Teile der Lohnarbeiterschaft anzuknüpfen, die in den fortschrittlichen Sektoren der gesellschaftlichen Arbeitsteilung tätig sind, und zweitens den Aufbau einer sozialen Alltagsstruktur zu fördern, die sich als aktiver Teil der Transformation begreift. Progressive Politik muss ihre gesellschaftliche Basis ermächtigen und formieren.

- Eine soziale Basis für progressive Politik könnte auch in den Bereichen gefunden werden, die für »Anpassungspolitik« wichtig sind. Die Pandemie hat gezeigt, unter welchen Stress diese Grundversorgung des sozialen Alltags geraten kann und soziale Ungleichheit sich verschärft. Die Pandemie-Erfahrung, dass es im Zweifel auf eine gute öffentliche Infrastruktur und solidarische Nachbarn ankommt und »Marktkräfte« nicht weiterhelfen, wenn man die Pflegekraft braucht, diese Erfahrung könnte auch in anderen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur genutzt werden.
- Arbeiter- und Armenbewegungen waren historisch immer dann erfolgreich, wenn sie sich mit anderen, bürgerlichen Schichten verbinden konnten. Die Brücken solcher Verbindungen waren in der Regel von idealistischer Qualität: Mitgefühl für die Situation anderer; Empörung über Lebensverhältnisse, in denen man selbst nicht leben und andere nicht leben wissen will; moralische Selbstverpflichtung auf Werte der Gleichheit und Freiheit und daraus abgeleiteter Gerechtigkeit. Auch hier sind Partner zu finden, wenn weitgehend entleerte Begriffe wie »Gerechtigkeit« und »Solidarität« im Sinne des planetaren Paradigmas gefüllt werden.

Von einer linken Partei darf erwartet werden, dass sie die Neuerfindung einer progressiven Politik vorantreibt, die rational-wissenschaftlich fundiert an verschiedenen Stellschrauben gleichzeitig ansetzt, indem sie den Pol einer sozial gerechten, internationalistisch orientierten Politik im planetaren Paradigma besetzt. Diese Partei wüsste, dass absolute Mehrheiten für sie nicht erreichbar sind, dass sie als »kleine Partei« vielleicht ein Sechstel der Wähler\*innen erreichen und damit, wenn es um progressive Mehrheiten zur Lösung der Transformationsblockaden geht, den Unterschied machen kann und muss.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte Buchprämie  Russland  Streik  Luxemburg
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte Buchprämie  Russland  Streik  Luxemburg
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

